

N. 405. Abendblatt. Sonnabend, den 1. September. 1866.

Deutschland.

Berlin, 31. August. Über den Inhalt des Prager Friedens-Instruments erfahre ich in zuverlässiger Weise noch Folgendes: In Frankfurt a. M. wird eine Kommission zusammengetreten, bei welcher Forderungen an den vormaligen deutschen Bund innerhalb 6 Monaten anzumelden und zu liquidieren sind. Die Mitglieder des ehemaligen Bundes können Bevollmächtigte zu dieser Kommission entsenden. Österreich ist berechtigt, aus den Bundesfestungen sein Eigentum zu nehmen und ebenso die matrikularmäßigen Anteile an dem beweglichen Bundesbesitz. Den etatsmäßig angestellten Bundesbeamten und resp. Pensionären bleiben ihre Pensionen nach Vorschrift der Bundesmatrikel. — Preußen übernimmt die Pensionen und Unterstützungen der Offiziere der ehemaligen schleswig-holsteinischen Armeen und ihrer Hinterbliebenen. Die Pensionen, welche die Statthalterchaft zugesichert hat, bleiben in Kraft. — Der deutsch-österreichische Münzvertrag, den Österreich 1857 abgeschlossen hat, wird nach der Auflösung des Bundes eine Umgestaltung erleiden. — Wegen der innerhalb 3 Wochen zu erfolgenden Räumung der von Preußen besetzten österreichischen Länder ist ein besonderes Protokoll aufgenommen. — Einer speziellen Regelung bedarf noch die bekannte Angelegenheit betr. den Ausfall der Besatzung von Theresienstadt, welcher während des Waffenstillstandes am 28. Juli unternommen wurde und wobei 2 Kompanien des 2. westphälischen Landwehr-Regiments Nr. 15 an Todten 3 Wehrleute, an Verwundeten 1 Offizier und 7 Wehrleute verloren. Der Kommandant entschuldigte sich bekanntlich später damit, daß ihm die Verlängerung des Waffenstillstandes nicht bekannt gewesen sei; es hat dies indes die preußische Regierung nicht gehindert, weitere Reklamationen wegen Genügsamkeit, sowie wegen Entschädigung der Verwundeten und der Hinterbliebenen der Gefallenen zu erheben. Die desfallsigen Verhandlungen, wie oben angekündigt, schweben noch. — Meinen gestrigen Angaben über den Rückmarsch der preußischen Truppen habe ich noch zu theilweise Verichtigung hinzuzufügen, daß das 3. Armeekorps Ordre hat, sich auf Dresden zu dirigiren. — Ein Ministerial-Erlaß, nach welchem das zweite diesjährige Erstzugsjahr bis auf Weiteres überall ausgesetzt wird, soll allernächstens publiziert werden. — In der Kommission für das Kreditgesetz scheinen sich nach den detaillirten Aufklärungen, welche die Regierung gegeben hat, die bisher obwalten Schwierigkeiten zu applanieren.

Berlin, 1. September. Der König ließ sich gestern Vormittags von dem Polizei-Präsidenten v. Bernuth, dem General-Intendanten v. Hülsen, dem Geheimrath v. Ohsfelder Vorträge halten, und empfing den Oberst Döring, welcher die Orden seines verstorbenen Vaters, des General-Lieutenants Döring, überbrachte, der noch zu den wenigen Veteranen gehörte, die mit dem eisernen Kreuz 1. Klasse decortirt sind. Hierauf hatte der bisherige Vertreter der Hansestädte, Dr. Geßken, seine Abschieds-Audienz und wurde nach derselben der wirkliche Geheimrath v. Frankenberg-Ludwigsdorf empfangen. Nachmittags konferierte der König mit dem Minister-Präsidenten Grafen Bismarck und dem Geheimrath v. Savigny, und machte nach dem Diner eine Ausfahrt.

Der Prinz Friedrich Carl, welcher in den letzten Tagen in Leipzig und Dresden verweilte, trifft heut von Dresden hier ein. Die Dienerschaft ist vorgestern Mittags hier angelkommen. Die Frau Prinzessin Friedrich Carl, von der Ankunft ihres Gemahls, durch den Telegraphen unterrichtet, kehrt heute von Ballenstädt nach Berlin zurück, und gleichzeitig wird auch die Herzogin Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin aus Doberan hier erwartet.

Die "Zeidl. Corresp." schreibt heute: Wie wir hören, sind von französischer Seite viel Pferde-Antäuse veranstaltet worden, auch sollen von der Kaiserlichen Regierung Gewehr-Antäuse in den Vereinigten Staaten angeordnet sein. Nichtdestoweniger glauben wir in keiner Weise, daß Frankreich gegen Preußen rüstet; nicht blos um deswegen nicht, weil der Einsatz mit dem möglichen Gewinne nicht im Verhältniß stehen würde, sondern weil Frankreich gegenwärtig viel dringendere Veranlassung hat, seine Augen nach anderen Punkten zu richten. Wie wir vernehmen, soll in Frankreich ein Personen-Wechsel in der Leitung des auswärtigen Ministeriums nicht zu den Unmöglichkeiten gehören.

In dem preußisch-österreichischen Friedens-Instrument ist auf den Wunsch des Kaisers von Österreich die Integrität des Königreichs Sachsen zwar gesichert, Preußen hat sich aber die Regierung seiner Beziehungen zu Sachsen und die Stellung dieses Staates im norddeutschen Bunde durch einen besonderen Vertrag mit dem Könige Johann vorbehalten.

Der "Alg. Ztg." wird geschrieben: "Die Fürstin Karoline von Neuß, deren Ländchen sich augenblicklich unter preußischer Verwaltung befindet, soll sich jetzt bereit erklärt haben, das ihr wiederholt angebotene und wiederholt von ihr abgelehnte preußische Bündnis anzunehmen, und wie es scheint, will man hier gegenüber dieser frommen Dame, welche sich der lebhaftesten Fürsprache bei der Hofe sehr angesehenen Gräflich Stolberg'schen Familie und des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin erfreut, Milde und Großmuth walten lassen." (Nach anderen Nachrichten soll die Fürstin Karoline gar nicht so sehr gegen die Annexion sich sträuben.)

Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Prüfung des Schulze'schen Genossenschafts-Gesetzentwurfs setzte Freitag Nachmittag ihre Berathungen fort und nahm die einzelnen Paragraphen des früheren Regierungsentwurfs mit denjenigen Änderungen an, welche das von der Kommission aufgestellte Prinzip, Aufhebung der Konzessionierung und des Aufsichtsrechts durch die Oberpräsidienten, erforderte.

Es ist keine Frage, daß die Flotte unter der gewaltigen Ausbildung des Landesheeres einigermaßen Noth gelitten und daß auch ihre nicht unruhige Bewährung im dänischen Kriege

den alten Bann noch nicht ganz von ihr genommen hat. Mit den ausschließlichen Mitteln Preußens in seinem bisherigen Umfange und mit dem Existenzkampf gegen Österreich vor Augen möchte es nicht anders thunlich sein. Aber jetzt sind die Hände frei, die Mittel außerordentlich gestiegen, alle norddeutschen Küsten und Häfen zu ungehinderten Verfüzung. Jetzt gilt es, nicht mehr auf eine Marine zweiten, sondern ersten Ranges so früh, rasch und folgerichtig hinzuarbeiten, als technisch irgend ausführbar erscheint. Das Marine-Departement muß auf größerem Fuße reorganistert werden. Die Erfahrungen der Österreicher und der Italiener müssen unsre Lehren sein. Fischerei-Gesellschaften an der Nordsee müssen sich bilden, um eine Kriegs-Matrosenschule herzustellen. Auch die Nordpol-Expedition wird hoffentlich nun bald zu Stande kommen.

Soviel bis jetzt bekannt ist, beabsichtigt Preußen in den zu annektirenden Ländern im Herbst die zur nächsten Konfiskation pflichtige Mannschaft auszuheben, die bis jetzt eingestellt gewesene nur als Reserve aufzustellen, aus denen aber, welche bereits dreijährige Dienstzeit hinter sich haben, auch zugleich Landwehr zu bilden.

Dieser Tage ist der Befehl zur Demobilisierung des Hauptquartiers erlassen worden.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Berathung der Kreditforderung von 60 Millionen Thaler hatte heute ihre zweite Sitzung, welcher der Finanzminister v. d. Heydt mit den Regierungs-Kommissarien Mölle, Wollny und Hammer betwohnte.

Zuvörderst theilte der Referent, Hr. Röpell, die ihm notwendig erscheinende Änderung der Vorlage mit und motivirte sie. Sein Vorschlag geht dahin, 1) die Kontrahirung einer fundirten Schuld von 20 Millionen Thalern für den Staatschaf zu bewilligen, dessen Verwendung von der Genehmigung beider Häuser abhängt soll, so jedoch, daß die Bewilligung mit dem Jahre 1870 ihr Ende erreicht; 2) 30 Millionen Schatzscheine zu bewilligen, als Vorschuß auf die noch nicht flüssigen Mittel. Zur Aufstellung dieser Summe ist Referent gelangt, indem er den 108,100,000 Thlr. außerordentlichen Bedürfnisse gegenüber, nach den Mittheilungen der Staatsregierung, 106,584,929 Thlr. an Deckungsmitteln vorfindet, so daß nur ein Defizit von etwa 1½ Millionen Thalern bleibt. In der letzteren Ziffer befindet sich die Deckung für den Staatschaf nicht, daher die Bewilligung von 20 Millionen. Die Schatzscheine sollen die allmäßig eingehenden Kontributionen antizipiren.

Hr. Hagen reichte einen aus 10 Paragraphen bestehenden Antrag ein, der unter Berwerfung der Vorlage im Wesentlichen folgendes bezweckt: Genehmigung der für den Krieg gemachten Ausgaben, Emission von 25 Millionen Schatzanweisungen für den Fall, daß die verfügbaren Deckungsmittel nicht sogleich flüssig werden. Diese Schatzanweisungen, die nur bis zum 1. Juli 1867 circuliren sollen, erhalten an den Köln-Mindener und Westphälischen Eisenbahn-Aktien ein Unterpfand, und werden nach dem Verhältniß des Verlaufes dieser Aktien eingezogen. Die Zinsen werden aus den bereiten Staatsmitteln gezahlt; sie verjähren in 4 Jahren, die Kapitalsätze in zehn Jahren. Dem nächsten Landtag wird über Ausführung dieser Operation Mittheilung gemacht, desgleichen über die Höhe der Kriegskosten und der Kontributionen; soweit die bewilligten Summen nicht ausgegeben sind, tritt in Betreff ihrer Verwendung eine anderweitige gesetzliche Bestimmung ein.

Hr. Birchow fand in der Vorlage eine Konfundirung von Vergangenheit und Zukunft. Ihr §. 1 laute so, als handle es sich nicht um einen schon geführten, sondern um einen noch zu führenden Krieg. Sie implice neue Geldforderungen, statt vielmehr die Indemnisation der bereits gemachten Ausgaben nachzusuchen; sie beschäftigte sich nicht mit der Leistung, sondern mit der Füllung des Staatschafes, so wie der General-Staatskasse. In der vorigen Sitzung der Kommission habe der Kriegsminister eine Vermehrung des Staatschafes bis auf 30 Millionen als auf die zur Mobilmachung von eisf. Armeekorps notwendige Summe als unerlässlich bezeichnet. Es sei nicht zu erkennen, ob die zwei neuen Armeekorps aus den Mitteln der einverleibten Staaten, oder aus preußischen erhalten, und ob die Neorganisation lediglich auf die ersten ausgedehnt werden solle, ohne daß für Preußen eine Erleichterung eintritt. Nach den vorgelegten Rechnungen müsse man das Letztere beforgen. Doch sei er geneigt, für die gemachten Ausgaben die nachträgliche Genehmigung zu ertheilen und hoffe auf leichte Verständigung mit der Staatsregierung. Auch zur Füllung des Staatschafes sei er bereit, frage aber zuvor, ob ein Gesetz-Entwurf in Bezug auf seine Verwendung Seitens der Regierung vorbereitet werde? Keinesfalls dürfe er dauernd, sondern immer nur temporär und seine Benutzung mit Garantien umgeben sein. Schon das Herrenhaus habe erklärt, daß der Staatschaf ohne Zustimmung des Landtags nicht verausgabt werden dürfe. Der Kriegsminister habe ihn neulich in einer Stärke von 30 Mill. der Finanzminister nur von 27½ Millionen verlangt, und über das Verbleiben des kurhessischen Staatschafes sei bisher noch immer keine Auskunft ertheilt. Gegen die Emission von Schatzscheinen habe er nichts, doch sei die Summe jetzt noch nicht zu bestimmen, und prinzipiell könne eine Auleihe nicht vor der Rückkehr zum verfassungsmäßigen Zustand bewilligt werden, der durch die Ertheilung der Indemnität für die Jahre 1862—65 und des Kredits von 154 Millionen für das Jahr 1866 noch nicht geschaffen sei.

(Schluß folgt.)

Potsdam, 30. August. Das königliche Direktorium des Potsdamer großen Militär-Waisenhauses macht wiederholt bekannt, daß für jedes Kind, dessen Vater im Kriege gefallen, oder in Folge erhaltenen Wunden gestorben ist, ein Pflegegeld bis zum zurückgelegten 14. Lebensjahre bewilligt wird.

Königsberg, 30. August. In der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung wurde ein Schreiben des Magistrats mitgetheilt, worin derselbe den Wunsch ausspricht, über die Art und Weise der Feierlichkeiten bei Rückkehr der Truppen Beschluß zu fassen. Stadtverordneter Maurermeister Schmidt erklärte sich geneigt, den Antrag in formeller Beziehung als legal passiren zu lassen, nicht aber in materieller Beziehung. Der Magistrat — sagte er — scheint durch den hier eingebrachten Antrag nur eine politische Demonstration haben machen wollen. Man spricht von den durch den Krieg erzielten glänzenden Erfolgen. Für wen? Für das Volk? oder für die Regierung? Ungeachtet der freudigen Rückkehr der Truppen erläßt ich mich dafür: den Antrag des Magistrats von vornherein abzulehnen. (Ein getreuer Anhänger Jacoby's!) Herr Bürgermeister Frhr. v. Reichenstein kann den Ausführungen des Vorredners nicht beipflichten, weiset auf die durch die preußischen Siege erzielten großartigen Erfolge hin und bemerkt, daß auch die Truppen unserer Provinz an dem Siegesruhme Anteil hätten. Stadtverordneter Oberamtmann Böhm: Es lehnen hier unsere Angehörigen, unsere Söhne, unsere Brüder zurück, da scheint es völlig in der Ordnung zu sein, ihnen ein Zeichen des Dankes zu geben für ihre siegreichen Waffentaten. Wir sprechen damit gar nicht ein Urteil über Krieg und Frieden aus. Dem Antrage des Magistrats wäre beizustimmen, die dazu nötigen Gelder mit Freuden zu bewilligen. Stadtverordneter Michelly spricht sich gegen den Magistratsantrag aus, Stadtverordneter Peters für denselben. Bei der endlichen Abstimmung erhebt sich die Majorität der Stadtverordneten-Versammlung für die Annahme des Magistratsantrages. In Folge des Anchlusses wurde eine Berathungs-Kommission gewählt.

Thorn, 30. August. Von den österreichischen Kriegsgefangenen, welche im Jacobsfort untergebracht sind, ist eine große Anzahl, dem Vernehmen nach 60, heute morgen entflohen. Es sind sofort Anstalten getroffen worden, die Entflohenen wieder einzubringen.

Hamburg, 31. August. Als gestern ein Kommando preußischer Landwehr aus Heide nach Tönning über die Elbe segen wollte, sank das Fährboot, wobei 9 Mann ertranken. Demzufolge lehnte die gesamte Mannschaft nach Lunden zurück und wurde dort einquartiert.

Sylt, 27. August. Frhr. v. Bedlich traf am 24. d. von Nüm kommend auf Eist ein, begleitet vom Grafen Adelbert Buddin und fuhr am 25. nach Keitum. Der Präsident besichtigte zu Ellenbogen und Rothen-Kliff die zum Schutz der Dünen gemachten Arbeiten und hat über die Resultate dieser Arbeiten erfreut und zufrieden sich geäußert. Wir hoffen somit, daß die Arbeiten zum Schutz der Insel energisch fortgesetzt werden.

Dresden, 29. August. In der "B. B.-Ztg." vom 28. findet sich eine Korrespondenz von hier, in welcher der Thätigkeit der preußischen Verwaltung ein Epitheton gegeben wird, das in einem merkwürdigen Gegensatz zu der Kritik steht, welche dieselbe bei der sächsischen Bevölkerung findet. In dieser finden sich genug Solcher, denen, wie sie sich selbst ausdrücken, das Leben von der preußischen Verwaltung recht sauer gemacht wird, und die von der in der genannten Korrespondenz verspotteten Geduld derselben ein anderes Liedchen zu singen wissen. Der Korrespondent will sein Urteil durch einen Vorfall bestätigen, dem er als Zeuge beigezogen zu haben versichert. Dabei ist an demselben, wie die Untersuchung ergeben hat, fast kein wahres Wort. Der Dr. H. hat nicht vor 5 Tagen, sondern vor Monaten, und lange vor der Okkupation, an einem öffentlichen Orte sich preußentreulich geäußert, worauf der zufällig an demselben Tische sitzende Regierungsrath Wiegner ihm allerdings den Vorwurf gemacht hat, als sächsischer Beamter unsächsisch gesonnen zu sein. Damit ist die Unterhaltung abgeschnitten gewesen, und die Geschichte hat ihr Ende. Lange nachher ist dem Dr. H. sowie allen anderen Hülfslehrern an der Artillerieschule bei Auflösung derselben gefündigt worden. Daraus spinnst die Korrespondenz einen Roman, der hier böses Blut gemacht hat. Von der preußfeindlichen Gesinnung der Dresdener giebt es andere Beweise genug, als daß die Ersindungskraft noch braucht in Ausübung gebracht zu werden. Wie viel aber durch solche Märchen der guten Sache geschadet wird, braucht nicht erst gesagt zu werden.

(N. A. 3.)

Dresden, 30. August. Hiesige Blätter bringen auch die Reise des französischen Gesandten, Baron Forth-Mouen, nach Berlin in Verbindung mit den schwedischen Friedens-Verhandlungen, was theils an sich widersinnig ist, theils schon dadurch widerlegt wird, daß der französische Gesandte am Dresdener Hofe nach Hamburg, nicht nach Berlin gegangen ist, und letztere Stadt nur auf der Durchreise passirt. — Zu den durch das Ausscheiden eines Drittels der Mitglieder der zweiten Kammer nötig gewordenen Ergänzungswahlen sind jetzt die Stimmzettel in den Wohnungen der Stimmberechtigten ausgegeben worden. Die Neugewählten werden bald Gelegenheit haben, ihre ständischen Rechte auszuüben, da nach dem Abschluß der Friedensverhandlungen hier, wie in Baiern, ein außerordentlicher Landtag berufen werden wird. Die Wahl-Agitation ist in den letzten Tagen sehr lebhaft geworden, obgleich man sich um der Natur der Sache willen (die Lösung lautet jetzt bei den Wahlen: ob Einverleibung oder nicht) auf vertrauliche Versprechungen beschränkt.

Vom Main, 30. August. Die "N. Z." schreibt: Wie wir von verlässiger Seite hören, ist in der preußischen Politik, Darmstadt gegenüber, neuerdings eine Wendung eingetreten. Das Ministerium Dalwigk zeigt sich, gestützt auf die bisherige Fürsprache Russlands und Englands, den nationalen Zwecken Preußens so feindselig, daß dieses in den nächsten Tagen mit allem Ernst gegen das Großherzogthum vorschreiten wird. Die Inkorporirung der

Provinz Oberhessen ist in diesem Augenblicke so gut wie eine beschlossene Sache. Herr v. Dalwigk hat sich bekanntlich von jenen preußischen Bestrebungen gegenüber — wir erinnern nur an den französischen Handelsvertrag — äußerst feindselig benommen.

Wiesbaden, 28. August. Nachdem Nassau okkupiert und die Administration des Landes durch den Königl. Civil-Kommissar übernommen worden war, erwartete man vielfach, daß mit der sofortigen Schließung der in Wiesbaden und Ems bestehenden Spielbanken vorgegangen werden würde. Diese Erwartung war um so berechtigter, als in Preußen seit geraumer Zeit das Unwesen der Spielhölle bestellt und die Unterdrückung derselben in ganz Deutschland seit langen Jahren von der preußischen Staats-Regierung bei dem früheren deutschen Bundestag dringend beantragt worden war. Wenn diese Schließung bis jetzt noch nicht erfolgt ist, so kann es nun zwar keinem Zweifel unterliegen, daß die Beleidigung der Spielbanken im Prinzip besteht und ihre Aufhebung nur noch eine Frage der Zeit ist; von der sofortigen Schließung aber ist — wie wir hören — aus Gründen Abstand genommen worden, welche jedenfalls eine weitere Erwägung forderten. Abgesehen von den auf anderem Gebiete liegenden Momenten hat hier in Betracht kommen müssen, daß durch die sofortige Schließung der Spielbanken nicht nur die fernere Unterhaltung der zahlreichen Kur-Etablissements, Gärten etc., der Fortbestand der Theater, ja sogar der Fortbestand einiger milden Stiftungen, welche von der Altengesellschaft zum Betriebe der beiden Spielbanken fortlaufende erhebliche Subventionen erhalten, in Frage gestellt, sondern auch die Existenz vieler mit den Spielbanken in Verbindung stehender, ganz unchuldiger Familien gefährdet sein würde. Dazu kommt, daß es sich empfehlen wird, auf die gleichzeitige Aufhebung aller in Deutschland noch bestehenden Spielbanken Bedacht zu nehmen. Alle diese Momente haben dem Vernehmen nach dazu geführt, daß in Wiesbaden und Ems betriebene öffentliche Hazardspiel nicht sofort zu untersagen, wie es dies an und für sich verdient, sondern vorläufig noch zu dulden, inzwischen aber die Modalitäten in Erwägung zu nehmen, unter welchen die Aufhebung der Banken — bei thunlichster Schonung und Berücksichtigung der in Betracht kommenden materiellen Interessen — wird erfolgen können. — Uebrigens ist in der hiesigen Stadt die Überzeugung ganz allgemein, daß bei gleichzeitiger Aufhebung aller Spielbanken die Kurorte Wiesbaden und Ems nur gewinnen werden.

Homburg a. d. S. (N. A.-B.) Wie uns scheint, bildet die Stellung der Landgrafschaft Hessen-Homburg einen Hauptpunkt bei den vermalen zwischen Preußen und Hessen-Darmstadt noch schwedenden Verhandlungen. Es wird deshalb von besonderem Interesse sein, etwas Näheres über die desfossige Stimmung in der Bevölkerung der Landgrafschaft zu erfahren. Was das Amt Meisenheim (auf der linken Rheinseite gelegen) anbetrifft, so sind wir hier darüber nicht genug unterrichtet; wenn jedoch uns gewordenen Andeutungen Glauben zu schenken, so ist man dort aus begreiflichen Gründen durchaus für den Anschluß an Preußen. Hier in der Stadt begegnen wir derselben Ansicht fast durchgängig, nur mit Ausnahme des hier wie überall in Süddeutschland vom Preußenhass vergifteten Pöbels, der jedoch in diesem gesegneten Ländchen nur wenig Bedeutung hat. Wenn die Selbstständigkeit des Ländchens erhalten bliebe, so hören wir vielfach sagen, dann wäre dies für die Mehrzahl das Erwünschteste. Steht aber, wie man nun allgemein annimmt, die Frage so: ob Einverleibung in Hessen-Darmstadt oder in Preußen, unter dessen militärische und politische Führung das Land obnein kommt, so entscheidet man sich aus sehr guten Gründen für letzteres. — Zu bemerken ist hierzu, daß die Landgrafschaft im März d. J., nach dem Tode des letzten Landgrafen, einen Wechsel in der Landesherrschaft gehabt und sich in die neue Lage noch nicht eingewöhnt hatte. Von besonderer Anhänglichkeit an die damals überommene neue Landesherrschaft kann schon aus diesem Grunde keine Rede sein, abgesehen davon, daß in dieser Bevölkerung, deren Fürstenhaus von jeher sich durch gute deutsche, nicht rheinbündlerische Gesinnung auszeichnete, gewisse neuere Gerüchte über Versuche zur Einmischung des Auslandes sehr übeln Eindruck hervorbrachten.

Wien, 30. August. Bezuglich der österreichischen Verfassungsfrage meldet der Krakauer „Gast“, daß zwischen dem Grafen Belcredi einerseits und dem Grafen Julius Andrássy und Baron Lónyay andere-seits Verhandlungen betreffs der Neorganisation der Monarchie auf Grundlage des dualistischen Prinzips gepflogen wurden. Die Annahme dieses Systems soll indessen nur insofern im Projekte des Grafen Belcredi liegen, als dasselbe die politische Einheit des Staates nicht im Entferntesten gefährden würde. Deshalb wären auch vorerst die Angelegenheiten bezüglich der Neorganisation Ungarns, der Armee und der Staatschuld in Beratung gezogen worden. Graf Belcredi stellte seine Bedingungen gewissermaßen als Ultimatum und würde, wie der „Gaz“-Korrespondent wissen will, im Falle, als die Ungarn außer seinem Programme liegende Konzessionen erhalten sollten, zurücktreten. Die Herren Andrássy und Lónyay sollen indessen keine definitive Antwort geben und angezeigt haben, daß sie sich vorerst mit ihren Landsleuten ins Einvernehmen setzen müssten. Daraus resultierte schon von selbst, daß die Gerüchte über eine Ministerkrise um so mehr verfrüht seien, als sich die Angelegenheit wahrscheinlich noch Wochenlang hinauszögern dürfte. Deshalb, sagt der Korrespondent weiter, sei auch die Ernennung des Grafen Goluchowski zum Statthalter von Galizien noch nicht erfolgt. Graf Belcredi nehme Anstand, die Stellung des Grafen Goluchowski für den Fall schwieriger zu machen, als er von der Leitung des Staatsministeriums zurücktreten müßte; andererseits aber wolle sich auch Graf Goluchowski nicht binden, ohne vorher zu wissen, ob die politische Richtung der neuen ins Ministerium tretenden Elemente ihm zusage. — Die Kaiserin wird am Sonntag aus Oden hier eintreffen und später mit den Kaiserlichen Kindern nach Ischl abreisen. Der Kaiser wird sich noch vor der Reise nach Böhmen auf einige Tage nach Triest begeben, um die Flotte zu inspizieren.

Ausland.

Florenz, 28. August. Garibaldi ist wieder so weit hergestellt, daß er die Inspektion der Freiwilligen in Bergamo, Lonato und Desenzano vornehmen konnte. Die meisten betrachten diese Besuche als die Verabschiedung des Generals bei den Freiwilligen, deren Entlassung baldigst erwartet wird. Da die Gefahren des Mäßiggehens und Stillstehens für diese unruhigen Köpfe nicht unbedenklich sind, so dürfte diese Maßregel wohl auch

der Regierung als das Klügste zu raten sein. Zwar hat Garibaldi erst jüngst noch einen Tagesbefehl erlassen, welcher den Unterricht der Freiwilligen und die Organisation von 10 sogenannten Kompanien für den Vorpostendienst anordnet. Die plötzliche Berufung des in Urlaub abwesenden Generalstabs-Chefs Fabrizi wird aber wohl mit der Auslösung des Corps im Zusammenhang stehen.

Pommern.

Stettin, 1. September. Nach einer heute Morgens bei dem hiesigen interimistischen General-Kommando eingegangenen Benachrichtigung wird unsere Garnison, das Grenadier-Regiment (König Friedrich Wilhelm IV.) No. 2 und das 14. Inf.-Regt. z. am 7., 8. und 10. d. Ms. wieder hier eintreffen. — Am Rathause werden bereits Vorbereitungen für die Illumination beim Empfang der Truppen getroffen. — Die Mannschaften der hier stehenden Erzäh-Bataillone haben heute nur auf 5 Tage Tractament erhalten, indem zum Mittwoch die Entlassung der älteren Leute in Aussicht genommen ist.

— Heute Nacht werden von 11 Uhr Abends ab in 4 Extrazügen rückkehrende Truppen hier eintreffen und nach Hinterpommern weiter befördert werden.

— Zu seinem heutigen 50jährigen Dienst-Jubiläum erhielt der Herr Stadtwachtmeister Hellmann von den Exekutiv-Beamten der Polizei deren Gesamt-Photographie; durch eine Deputation der Magistrats-Beamten wurden dem Jubilar zwei silberne Armeleuchter überreicht, zugleich wurde derselbe durch ein Schreiben des Magistrats benachrichtigt, daß ihm eine Gehaltszulage bewilligt sei.

— Im Hotel de Prusse ist auf einige Tage eine 80 Pfund schwere See-Schildkröte zur unentzüglichsten Ansicht ausgestellt.

— Für die Häuser am Dampfschiff-, Kartoffel-Bollwerk z. ist eine Neu-Numerierung in Aussicht genommen.

— Von gestern bis heute sind an der Cholera vom Civil im 2. Polizei-Revier erkrankt 2, gestorben 2; vom Militär erkrankt 2, gestorben 1.

— Unsere Wasserleitung auf dem Nößmarkt ist heute in Thätigkeit gesetzt. Die Fontaine springt etwa 6 Fuß hoch. Durch Abnahme der 4 Röhren von dem neben dem Bassin stehenden Wasserstander, (an welchem das Publikum sich beliebig Eimer mit Wasser füllen kann), ist es erreicht, daß das Wasser sich nicht mehr, wie bei der gestrigen Probe, über das Straßenplaster verbreite, sondern in der Rinne absiebt.

— Gestern beging die Neu-Tornerer Schützen-Kompanie ihr Königsschießen, bei welchem Herr Schuhmachermeister Gerzon in Stettin den Königsschuh hat. Bei dieser Festlichkeit wurde der Kompanie von den Frauen der Mitglieder eine neue kostbare, in Gold- und Seidenstickerei ausgeführte Fahne überreicht, auf deren einen Seite in einem Eichenkranze der Name der Kompanie und die Jahreszahl, und auf der andern Seite in einem Lorbeerkränze ein Paar Büchsen angebracht sind. Von den eingeladenen Gilde waren die Stettiner, Grabower und Bredower Gilde erschienen. Das Fest endete unter heiteren Gesprächen und Toasten.

Stettin, 1. September. Laut Bekanntmachung der königlichen Regierung vom 23. d. M. ist das von der Stadtgemeinde Stettin am linken Ufer der Paruiz unterhalb der Eisenbahnbrücke zum Anlegen von Schiffen und zum Lösen und Laden von Gütern hergestellte Bollwerk, auch in Bezug auf die nach Erlaß der Amtsblatts-Bekanntmachung vom 27. Mai pr. erfolgte Verlängerung mit Rücksicht auf §. 9 der Instruktion resp. Polizei-Verordnung vom 3. Juli 1857 als ein öffentlich anerkannt und die Stadtgemeinde Stettin demgemäß zur Erhebung von Bollwerksabgaben nach dem maßgebenden Tarif auch hinsichtlich dieser neuen Bollwerkstrecke berechtigt.

— Den hier internierten österreichischen Offizieren ist heute von der königl. Kommandantur eröffnet worden, sich zu der jeden Tag bevorstehenden Heimreise in Bereitschaft zu halten.

— Heute Vormittag sind hier ein paar hundert gefangene Bayern aus dem Lager zu Görlitz auf der Reise nach Hause durchpassirt. Sie sollen heute Abend in Wittenberg eintreffen.

Stargard, 31. August. In der gestrigen öffentlichen Stadtverordnetenversammlung wurde ein Antrag des Magistrats vorgelegt, der die Versammlung auffordert, sich an der feierlichen Einholung der Truppen zu beteiligen und zu diesem Zweck die Summe von 2200 Thlr. zu bewilligen. Es wird eine Ausschmückung der Stadt, die Erbauung einiger Ehrenporten, so wie eine festliche Bewirthung der Truppen beabsichtigt; außerdem soll am eigentlich Friedensfeste, an welchem befannlich auch die hiesige Schützengilde ihr Schützenfest zu feiern beabsichtigt, eine großartige Illumination der öffentlichen Gebäude z. stattfinden. Hoffentlich wird sich auch die ganze Einwohnerschaft bei den Festlichkeiten, Illumination z. reich zahlreich beteiligen.

— Hierher gelangten Nachrichten zufolge soll das hiesige Landwehr-Bataillon am Montag hier eintreffen. Dasselbe hatte gestern (Donnerstag) in Tharand im Plauenischen Grunde Ruhetag, marschiert heute von dort ab mit Umgehung Dresdens nach Niesa und benutzt von da ab die Eisenbahn. — Das 2. pomm. Grenadier-Regiment (Colberg) soll am Sonntag den 9. September hier eintreffen.

Stargard. Auf telegraphischen Befehl wurden am Freitag etwa 34 in dem hiesigen Garnison-Lazareth befindliche österreichische Reservisten nach dem Körner-Lager befördert, um mit den dort detinirten Gefangenen demnächst nach Oderberg, behufs Auslieferung an Österreich, abzugehen. 12 schwer verwundete Österreicher verblieben noch zu ihrer Heilung im hiesigen Lazareth.

— In Freienwalde werden an jedem ersten Sonntags jeden Monats, Nachmittags 5 Uhr, regelmäßige Versammlungen unter Borsig des Herrn v. Wedell für Stadt und Umgegend beabsichtigt, zu welchem jedem der Zutritt frei steht. Die Theilnehmer wollen sich stärken in dem Vertrauen auf Gott, in der Liebe zu König und Vaterland und in der Achtung gegen Nebenmenschen. Am 5. August hat bereits die erste derartige Versammlung stattgefunden. Es wurde in derselben ein Vortrag über die Ereignisse auf dem Kriegs-Schauplatz, gehalten, und einigen Mitgliedern der Auftrag ertheilt, bis zur nächsten Versammlung ein Programm zur Regelung der fernern Thätigkeit der Vereinigung aufzustellen.

** **Negenwalde**, 30. August. Bis jetzt ist unser Ort und nächste Umgegend von der Cholera nicht heimgesucht worden.

Vorgestern erkrankte hier ein Postillon aus Labes, er führte aber dennoch die Post nach Labes zurück, ist aber bald nach seiner Ankunft daselbst verstorben.

Die Körnernte ist hier fast als beendet anzusehen. Der Roggen hat eine ziemliche Mittelernte gegeben, das Sommerkorn kaum eine Mittelernte. Die Kartoffeln, welche bis vor einigen Wochen sehr üppig standen, sind plötzlich wie verjagt. Eine Folge der leider sich wieder zeigenden Krankheit. Auch finden sich unter den Knollen schon viele frische und scheinen dieselben von der Krankheit mehr angegriffen, wie in dem vorigen Jahre.

Greifswald, 30. August. In der vorigestrigen Sitzung des bürgerschaftlichen Kollegiums wurde zum festlichen Empfang unserer aus dem Felde heimkehrenden Garnison die zu diesem Zweck vorläufig als mutmaßlich ausreichende Summe von 1000 Thlr. einstimmig bewilligt. In Aussicht genommen war zunächst eine passende Ausschmückung des Einzugsweges und Einzugsthoros mit Flaggen z. und eine der Tageszeit des Einzugs angemessene Bewirthung, gleichviel, ob das zweite Jäger-Bataillon oder eine andere preußische Truppe, sofern sie nur im letzten Kriege im Feuer gewesen, als unsere künftige Garnison einzrücken werde. Im Laufe der Besprechung wurde die Privatwirtschaft auf die Erforschung der Stralsunder Zwei und vierzig und anderer Truppen, welche unsere Stadt berühren werden, hingewiesen.

Pyritz, 31. August. In der vergangenen Nacht zwischen 11 und 12 Uhr war in dem Dorfstalle der hiesigen Postexpedition Feuer ausgebrochen, was jedoch gedämpft wurde, ehe die Sprüche herangebracht wurde. Man vermutet Brandstiftung.

Seit dem 13. Juli, als an welchem Tage der erste Cholerafall zur Anzeige gebracht worden, bis heute sind 130 Erkrankungsfälle vorgekommen und davon 51 Todesfälle. Hieron sind meistens Personen des Arbeitersstandes und namentlich Frauen und Kinder betroffen. Sämtliche Schulinder sind deshalb geimpft, auch haben Erwachsene sich impfen lassen.

Köslin. Der Apotheker Paul Lehmann hat die bisher im Besitz des verstorbenen Apothekers Wilm befindlich gewesene Apotheke zum schwarzen Adler in Belgard gekauft und übernommen. — Die Pfarre in Gleiwitz, Synode Coitz, Privat-Patronats, zu welcher zwei Kirchen und mehrere Schulen gehören, ist durch Todesfall erledigt und zum 1. Oktober 1867 wieder zu besetzen.

Neueste Nachrichten.

Dresden, 31. August. Heute Nachmittag ist Prinz Friedrich Karl von Preußen im besten Wohle aus Prag hier eingetroffen und von dem Generalgouverneur General von Schad und dem Civilkommissar v. Wurm empfangen worden. Der Prinz kam zunächst per Dampfboot von Aussig.

Teplitz, 31. August. Sicherem Vernehmen nach wird das 1. Bataillon (Berlin) des 2. Garde-Landwehr-Regiments, aus Böhmen zurückkehrend, am 4. September in Berlin eintreffen.

London, 31. August. Mit dem Dampfer „Java“ sind 40,000 Dollars an Kontanten und Nachrichten aus Newyork vom 22. d. eingetroffen. Der Präsident Johnson hat in einer Proklamation erklärt, daß Texas der Union wiedergegeben sei und daß überall in den Vereinigten Staaten Ruhe und Friede herrsche. Der Präsident hatte in Gegenwart des Generals Grant das Comit der Konvention von Philadelphia empfangen und bei dieser Gelegenheit wiederholt den Vorsatz ausgesprochen, seine Politik aufrecht halten zu wollen.

Telear. Depesche der Stettiner Zeitung.

Paris, 31. August, Abends. Nach dem „Avenir National“ sind die Formalitäten für die Session Venetiens beendet. Die Österreicher verlassen das Festungsviereck vor dem 5. September, Victor Emanuel zieht an demselben Tage in Venetien ein. — Nach der „Patrie“ geht Frhr. v. d. Goltz auf 14 Tage nach Berlin. — „Estand“ meldet: Tampico ist am 1. August von den Republikanern genommen. Die Kaiserlichen haben sich in das Fort Samata zurückgezogen und verweigern sich zu ergeben. Eine Korvette und zwei Kanonenboote sind zu ihrer Rettung abgeschickt.

Görzen-Nachrichten.
Stettin, 1. Sept. Witterung: regnigt. Temperatur: + 16° R. Wind: SW.

An der Börse.
Weizen matt, loco pr. 80pf. gelber 65—69 R. bez., neuer 62 bis 68 R. bez., 83—85pf. gelber September 69 R. Gd., 70 Br. September—Oktober 68½, ¼ R. bez., 68 Gd., Oktober—November 67½ Gd., Frühjahr 67 R. Gd.

Roggen niedriger, pr. 2000 Wfd. loco 42—43 R. bez., September—September—Oktober und Oktober—November 43½, ½ R. bez., ¼ Br., Frühjahr 43½, ½, ¼, 43 R. bez. u. Gd.

Gerste flau, loco pr. 70pf. neue flau. 40—40½ R. bez.
Hafex ohne Umsatz.

Winterrohse September—Oktober 82 R. Br.
Rüböl niedriger, loco 12½ R. Br., September—Oktober 12 R. bez., November—Dezember 12 R. Br., April—Mai 12½ R. bez.

Spiritus unverändert, loco ohne Faß 14½, R. bez., September u. September—Oktober 14 R. bez. u. Br., Frühjahr 14½ R. bez.

Angemeldet: 600 Wsp. Roggen, 300 Wsp. Rüböl, 700 Cr. Rüböl, 30,000 Quart Spiritus.

Landmarkt.

Weizen 56—68 R., Roggen 42—45 R., Gerste 38—41 R., Erbsen 49—54 R. per 25 Schfl., Hafer 24—27 R. per 26 Schfl., Stroh pr. Schod 7—9 R., Heu pr. Cr. 10—15 R.

Hamburg, 31. August. Getreidemarkt. Weizen pr. September—Oktober 5400 Wfd. netto 117 Danziger Br. u. Gd., pr. Oktober—November 117 Br., 116½ Gd. Roggen pr. August—September 5000 Wfd. Brutto 70 Br., 69 Gd., pr. September—Oktober 69 Br., 68 Gd. Dinkel, pr. August 26, pr. Oktober 26, pr. Mai 26½. Kaffee 6000 Sac Santos zu legten Preisen verkauft. Zink fest gehalten. — Heiteres Wetter.

Amsterdam, 31. August. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen loco 3 fl. niedriger bei lebhaftem Geschäft, pr. Oktober 166. Rüböl pr. Oktober 39½.

Beim Schluss des Blattes war unsere Berliner Depesche noch nicht eingetroffen.